



Greenpeace widerlegt 15 häufig gehörte

## Mythen der Agrar-Lobby

**Die industrialisierte Landwirtschaft gehört zu den Hauptverursachern der Klima- und Biodiversitätskrise.** Überdüngung, Pestizide und Treibhausgasemissionen belasten Grundwasser und Gewässer, verschärfen das Artensterben, den Verlust fruchtbarer Böden und das Risiko von Dürren oder Überschwemmungen.

**Gleichzeitig sind es vor allem bäuerliche Betriebe, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind,** wenn klimabedingte Extremwetterereignisse die Ernteerträge mindern und in Folge der Naturzerstörung für die Landwirtschaft überlebenswichtige Ökosystemleistungen nicht mehr erbracht werden.

**Die industrialisierte Erzeugung von Lebensmitteln ohne Rücksicht auf die planetaren Grenzen** gefährdet unsere Lebensgrundlagen – und damit unseren Wohlstand und die Sicherheit und Freiheit kommender Generationen, ein gutes Leben mit gesunder und ausreichender Ernährung in einer intakten Umwelt zu führen.

**Ein Großteil der Bäuerinnen und Bauern setzt sich mit engagierter Arbeit auf ihren Höfen** für eine nachhaltige, klima- und umweltverträgliche Landwirtschaft und eine tierschutzgerechte Haltung ein. Doch für diesen Einsatz werden sie oftmals weder mit fairen Erzeugerpreisen bezahlt, noch können sie für ihre gesellschaftlichen Leistungen zur Bewahrung der natürlichen Ressourcen mit einer angemessenen staatlichen Förderung rechnen.

**Dem anhaltenden wirtschaftlichen Druck, der durch die ungleich verteilte Marktmacht** und unfairen Wettbewerb verstärkt wird, können immer weniger Betriebe standhalten. Das Höfesterben geht so ungebremst weiter.

**Von der Politik fühlen sich viele Bäuerinnen und Bauern im Stich gelassen.** Schließlich ist der unverzichtbare Umbau hin zu einer ressourcenschonenden, klimafreundlichen Landwirtschaft mit deutlich weniger Tieren in besserer Haltung so umfassend, dass eine mutige politische Gestaltung mit verlässlichen Vorgaben, klaren Regeln, effizientem Mitteleinsatz und sozial gerechtem Ausgleich dringend gefordert wäre.

**Dabei gibt es kein Erkenntnisdefizit.** Die Notwendigkeit des entschlossenen Handelns in der akuten ökologischen und ökonomischen Krise der Landwirtschaft ist wissenschaftlich gut belegt. Von der Bundesregierung beauftragte Beiräte und Kommissionen haben konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet. Doch den politisch Verantwortlichen aus den Regierungsparteien der vergangenen Jahre fehlt der Mut, die überfälligen Reformen endlich anzupacken.

**Dazu trägt eine Agrarlobby maßgeblich bei**, die zwar vorgibt, für aller Bäuerinnen und Bauern einzutreten, tatsächlich aber in enger Vernetzung mit Politik und Unternehmen vor allem die Interessen der industrialisierten Großbetriebe in der Landwirtschaft und der Konzerne der Agrar- und der Lebensmittelindustrie im Blick hat. Denen geht es regelmäßig um die Sicherung kurzfristiger Gewinne – auch auf Kosten der Allgemeinheit, die für die Folgen von Naturzerstörung und Klimakatastrophen aufkommen muss. Familiengeführte bäuerliche Betriebe denken dagegen in Generationen. Für sie ist der langfristige Schutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen entscheidend, um ihre Höfe auch in Zukunft erfolgreich bewirtschaften zu können.

**Die Verärgerung und Verunsicherung vieler Landwirtinnen und Landwirte über Reformstau**, politische Tatenlosigkeit und mangelnde Perspektiven eröffnet Spielräume für eine irreführende Kommunikation, mit der Teile der Lobby und Profitierende des umwelt- und klimaschädlichen Agrarsystems gezielt Mythen und Falschinformationen verbreiten, um damit Stimmung zu machen und Stillstand zu erzeugen.

**Wir möchten mit diesem Faktencheck einen Beitrag leisten, die öffentliche und politische Diskussion rund um die Transformation von Landwirtschaft und Ernährung mit Daten und Fakten anzureichern.**

**Online-Version unter [greenpeace.de/publikationen/mythen-der-agrarlobby](https://www.greenpeace.de/publikationen/mythen-der-agrarlobby)**

**Behauptung 1:** Die wirtschaftliche Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe kann nur gesichert werden, wenn die Agrarpolitik den Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft legt und für Planungssicherheit sorgt.

**Greenpeace:** Es darf keinen Dumpingwettbewerb und kurzfristige Profite auf Kosten der Allgemeinheit geben.

Die deutsche Landwirtschaft ist auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig: Etwa ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert. Der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz der deutschen Ernährungsindustrie beträgt ebenfalls ein Drittel. Damit ist Deutschland der drittgrößte Lebensmittelexporteur am Weltmarkt.

Allerdings ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit ein wirtschaftlicher Indikator mit nur begrenzter Aussagekraft. Ausgeblendet wird dabei, dass der harte Preiskampf im Wettbewerb nicht nur auf Kosten der landwirtschaftlichen Betriebe geführt wird, sondern uns alle belastet, weil die Gewinnorientierung der Agrar- und Lebensmittelindustrie ohne Rücksicht auf Umwelt und Klima unsere Lebensgrundlagen und damit unseren Wohlstand akut gefährdet.

Denn das bestehende Agrar- und Ernährungssystem verursacht beachtliche negative externe Kosten. Diese Kosten belaufen sich nach Berechnungen der Boston Consulting Group allein in Deutschland auf 90 Mrd. Euro jährlich. Für die Schäden durch Klimakrise, Artensterben sowie die Verschmutzung von Wasser, Luft und Böden kommen nicht die Verursachenden auf, sondern die Allgemeinheit. Besonders ärmere Menschen, die sich nicht vor Umweltkatastrophen schützen können, tragen die Last. Und wo der Staat einspringt, müssen am Ende die Steuerzahlenden die Kosten tragen.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) hat mit Bezug auf diese Berechnung der externen Kosten gefordert, dass das Agrar- und Ernährungssystem so umgebaut wird, dass landwirtschaftliche Produzenten ein unternehmerisches Interesse daran haben, schädliche Effekte zu vermeiden. Stattdessen sollte es Anreize geben, bei der Erzeugung Klima, Umwelt, Biodiversität und Tierwohl zu schützen und mit gutem Essen die menschliche Gesundheit zu stärken. Wenn die externen Kosten deutlich gesenkt werden, lässt sich die öffentliche Förderung der Landwirtschaft weiter begründen. Und nur ein wirksamer, nachhaltiger Schutz der natürlichen

Ressourcen kann die wirtschaftliche Basis der Betriebe langfristig sichern.

Langfristige Planungssicherheit für die Betriebe gibt es auf dem Weg zu den im Green Deal vorgegebenen Zielen zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 und der nachhaltigen Erzeugung von Lebensmitteln nur durch eine vorausschauende Agrarpolitik. Dazu braucht es ein klares Ordnungsrecht, die gezielte und einkommenswirksame Förderung, ökologischer Leistungen der Landwirtschaft sowie die Bepreisung von Emissionen oder umweltschädlich erzeugten Produkten. Eine Agrarpolitik, die allein auf die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt abzielt und dabei Industrieinteressen vor die Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe und das Gemeinwohl stellt, kann das nicht leisten.

Mit einer vorausschauenden und langfristig angelegten Strategie lassen sich die Kosten der Transformation so verteilen, dass sich landwirtschaftliche Erzeuger, die umwelt- und klimafreundlich wirtschaften, im Wettbewerb behaupten können. Zudem muss und kann es Schutz vor unfairer Konkurrenz geben: Das Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) steht dem Erreichen der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) der UN ausdrücklich nicht entgegen. Mitgliedstaaten können Maßnahmen im Außenhandel ergreifen, Umwelt- und Sozialstandards bei Importen durchsetzen und ökologische Erzeuger gezielt fördern, um Kostennachteile im Wettbewerb auszugleichen. In den jüngsten Freihandelsabkommen der EU sind Nachhaltigkeitskapitel enthalten, die festschreiben, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht abgesenkt werden dürfen.

Das Festschreiben von niedrigen Standards beim Umwelt-, Klima und Tierschutz, die das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele verzögern, mag kurzfristige Kostenvorteile bringen. Langfristig schadet es der Wettbewerbsfähigkeit, wenn Unternehmen unter diesem Schutz zu Nachzüglern werden, statt eine Vorreiterrolle einzunehmen.

**Behauptung 2:** Die Landwirtschaft sieht sich seit Jahren mit zunehmenden bürokratischen Belastungen konfrontiert, die die Arbeits- und Zukunftsfähigkeit der Branche in Frage stellen.

**Greenpeace:** Bürokratieabbau soll die bäuerlichen Betriebe entlasten - aber nicht auf Kosten von Tieren, Umwelt und Klima. Wer in hohem Maße Geld vom Staat bekommt, muss auch nachweisen, dass er diese Mittel im Sinne der Steuerzahlenden fürs Gemeinwohl einsetzt.

Es ist Aufgabe der Politik, Verwaltung möglichst effizient zu organisieren und den bürokratischen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Besonders wichtig ist es, die kleinen und mittleren Betriebe von unnötigem Aufwand zu entlasten, innovative Prozesse in der öffentlichen Verwaltung zu etablieren und die Digitalisierung voranzutreiben.

Dass landwirtschaftliche Betriebe einen hohen bürokratischen Aufwand haben, liegt nicht zuletzt daran, dass fast die Hälfte der Einnahmen der Haupterwerbsbetriebe und mehr als 90 Prozent der Einnahmen der Nebenerwerbsbetriebe aus staatlichen Leistungen kommen. Dafür müssen die Betriebe Bedingungen erfüllen und Nachweise erbringen, um sicherzustellen, dass diese öffentliche Förderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auch zielgenau und effizient eingesetzt wird. Nach eigenen Angaben verbringen Landwirt:innen 15 bis 50 Prozent ihrer Gesamtarbeitszeit mit bürokratischen Aufgaben oder Tätigkeiten. Die jährlichen Kosten dafür werden in einer Studie des Statistischen Bundesamtes auf insgesamt 620 Mio. Euro beziffert.

Demgegenüber stehen gut 6 Mrd. Euro Fördergelder jährlich, die von der EU im Rahmen der GAP in Deutschland verteilt werden. Rund 70 Prozent dieser Summe erhalten die Landwirtinnen und Landwirte zur Einkommensstützung in der sogenannten ersten Säule der GAP als Direktzahlung. Hinzu kommen Förderprogramme, etwa für nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung, ökologischen Landbau und die ländliche Entwicklung.

Für das Jahr 2023 standen Deutschland aus EU-Mitteln für diese zweite Säule der GAP rund 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung, die bis 2027 auf jährlich 1,8 Mrd. Euro gesteigert werden sollen. Aufgestockt werden die EU-Fördermittel in der zweiten Säule durch Geld in etwa gleicher Höhe, das Bund, Länder und Kommunen zuschießen. Finanziert aus Steuergeldern werden so insgesamt gut 7,5

Milliarden Euro an die Landwirtinnen und Landwirte ausgeschüttet.

Die berechnete Forderung nach Bürokratieabbau darf nicht dazu führen, dass gesetzliche Vorgaben ignoriert werden oder wirksame Kontrollen unterbleiben, die dazu dienen, den Schutz von Tieren und unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und schädliche Emissionen zu vermindern.

Dennoch sollte die Bundesregierung wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen, um die Bürokratie abzubauen – etwa durch eine Vereinfachung der Antragsverfahren oder den Ausbau digitaler Plattformen, die Dokumentations- und Antragsprozesse beschleunigen.

**Behauptung 3:** Der Abbau von Subventionen (Agrardiesel und Kfz-Steuerbefreiung) erhöht die Produktionskosten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im internationalen Vergleich. Das bedroht die Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe.

**Greenpeace:** Statt klimaschädlicher Praktiken sollen mit Steuergeldern ökologische Leistungen gefördert werden.

Die Steuerbefreiung für Agrardiesel zählt zu den vom Umweltbundesamt benannten umweltschädlichen Subventionen, die sich auf insgesamt mehr als 65 Mrd. Euro addieren. Die Agrardiesel-Subventionen kosten die Gemeinschaft der Steuerzahlenden im Jahr 467 Mio. Euro. Diese öffentlichen Mittel sollten nicht dafür verwendet werden, den Verbrauch klimaschädlicher Treibstoffe zu fördern, sondern eingesetzt werden, um wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt zu finanzieren und klima- und naturverträgliches Wirtschaften zu fördern.

Allerdings ist verständlich, dass sich viele Bäuerinnen und Bauern geärgert haben, als die Ampel-Koalition über Nacht beschloss, diese Steuerbefreiung zu streichen. Denn diese unerwarteten Einbußen sind kurzfristig gerade für kleinere Betriebe nur schwer auszugleichen. Der Abbau lange gewährter Subventionen sollte so erfolgen, dass sich die Betroffenen darauf einstellen können.

Das Argument, die Streichung der Dieselbeihilfe schade der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft innerhalb der EU, ist aber wenig stichhaltig. Tatsächlich macht die

Agrardieselfbefreiung nur einen sehr geringen Anteil an den Produktionskosten aus, der lediglich bei Ackerbaubetrieben und Nebenerwerbsbetrieben ein Prozent der durchschnittlichen betrieblichen Aufwendungen übersteigen dürfte. Andere Faktoren wie etwa Pachtpreise oder Lohnkosten spielen im Wettbewerb eine weitaus gewichtigere Rolle.

Auch verteilungspolitisch ist diese Steuerbegünstigung fragwürdig. Denn die Landwirt:innen profitieren über die Gemeinsame Agrarpolitik bereits von staatlichen Zuwendungen, die einen hohen Anteil ihrer Einkommen ausmachen. Damit verfügen landwirtschaftliche Haushalte im Schnitt über deutlich höhere Einkommen als Haushalte außerhalb der Landwirtschaft.

Die Behauptung, es gebe zum Diesel bei Landmaschinen keine Alternativen, ist ebenfalls wenig stichhaltig. So ist es durchaus möglich, Produktionsprozesse anzupassen und sparsamere Verbrennungsmotoren einzusetzen. Zudem sendet die Streichung der Subvention ein klares Signal an die Hersteller von Landmaschinen, die Entwicklung alternativer Antriebe voranzutreiben und etwa das Angebot an elektrisch betriebenen Traktoren weiter auszubauen.

Ebenso wenig begründbar wie Subventionen beim Agrardiesel ist die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in der Land- und Forstwirtschaft, die 1922 mit dem Ziel der Mechanisierung der Landwirtschaft eingeführt wurde. Die ist längst abgeschlossen und inzwischen bräuchte es andere Anreize, um die Dekarbonisierung auch in der Landwirtschaft voranzubringen.

**Behauptung 4:** Der Kerngedanke der Gemeinsamen Agrarpolitik muss sein: Es werden gesellschaftliche Ziele vorgegeben, für das Erreichen sind die Landwirtinnen und Landwirte mit ihrer Expertise zuständig, dafür braucht es keine weitere bürokratische Regulierung oder Kontrolle.

**Greenpeace:** Steuergeld muss so verwendet werden, dass es dem Gemeinwohl dient. Die aktuelle Subventionspolitik unterstützt eine Wirtschaftsweise, die mehr gesellschaftliche Kosten als Gewinne verursacht. Den Weg in eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise schaffen wir nur durch eine ökologisch orientierte Subventionspolitik.

Die Forderung, die Verteilung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vergebenen

Subventionen jenen zu überlassen, die diese Fördermittel einstreichen, spricht für das fragwürdige Selbstverständnis der Agrarlobby, das sich in der engen Verflechtung mit der Politik entwickelt hat. Schließlich geht es bei den rund 58 Milliarden Euro, die Jahr für Jahr in die Landwirtschaft der EU fließen, um das Geld der Steuerzahlenden. Jede vierköpfige Familie in der EU wird dafür rechnerisch mit mehr als 500 Euro im Jahr zur Kasse gebeten. Über die Verwendung entscheiden aber maßgeblich Abgeordnete, die aus der Landwirtschaft kommen und selbst von diesen Fördergeldern profitieren.

Die von der EU-Kommission mit dem Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie vorgegebenen Ziele zum Umwelt- und Klimaschutz werden mit der GAP bislang allerdings nicht erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine im September 2024 veröffentlichte Prüfung durch den europäischen Rechnungshof. Die nationalen Strategiepläne zur Umsetzung der GAP in den Mitgliedsstaaten würden den Umweltambitionen der EU nicht gerecht, so die Bewertung des Rechnungshofs. Die Mitgliedstaaten nutzten die Flexibilität, die ihnen eingeräumt wurde, um Anforderungen zu verringern oder zumindest zu verzögern. Zum Erreichen der grünen Ziele haben die Agrarsubventionen in Milliardenhöhe so keinen messbaren Beitrag geleistet.

Die "klaffende Lücke" zwischen den Umwelt- und Klimazielen der EU und der Umsetzung in den EU-Mitgliedsländern dürfte sich noch vergrößern, fürchtet der Rechnungshof, da die GAP-Auflagen im April 2024 als Reaktion auf die Bauernproteste und den Druck der Agrarlobby gelockert wurden. Damit dürften die positiven ökologischen Auswirkungen der GAP in Zukunft noch bescheidener ausfallen.

**Behauptung 5:** Viele Landwirt:innen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand – Politik und Gesellschaft befördern das Höfesterben mit immer neuen Auflagen.

**Greenpeace:** Landwirt:innen sollten für ihre Produkte fair entlohnt werden. Die flächengebundenen Direktzahlungen müssen schrittweise abgebaut werden und durch Zahlungen ersetzt werden, die konkrete gesellschaftliche Leistungen honorieren.

Tatsächlich stehen vor allem kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe unter hohem wirtschaftlichem Druck. Sie kämpfen mit steigenden Boden- und Pachtpreisen sowie Kosten für Energie, Dünger und andere Betriebsmittel. So sind die

Pachtentgelte in den vergangenen zehn Jahren um rund 50 Prozent gestiegen. Diese enorme Preisentwicklung ist für viele landwirtschaftliche Betriebe existenzbedrohend, da 60 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen verpachtet werden.

Niedrige Erzeugerpreise machen es den Betrieben schwer, kostendeckend zu wirtschaften. Es wäre Aufgabe der Politik, die Marktmacht der großen Konzerne in Industrie und Handel zu kontrollieren und mit einer Stärkung der Landwirt:innen in der Wertschöpfungskette für faire Preise zu sorgen.

Vor allem kleine und mittlere bäuerliche Betriebe können diesem Druck immer weniger standhalten. Damit schreitet das Höfesterben weiter voran. Nach einer Studie der DZ Bank könnte die Zahl der Höfe in Deutschland bis 2040 auf gerade noch 100 000 fallen – bei der letzten offiziellen Betriebszählung 2016 waren es 275 000.

„Wachse oder weiche“ lautet das Prinzip. Mit dem Höfesterben wird die Fläche pro Betrieb immer größer. So bewirtschafteten die 14 Prozent größten Unternehmen mit jeweils mehr als 100 Hektar zur letzten Landwirtschaftszählung 2020 rund 62 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dort wird vielfach auch ordentlich verdient. Der durchschnittliche Gewinn der Haupterwerbsbetriebe kletterte im Wirtschaftsjahr 2022/2023 auf knapp 114.000 Euro, wobei die Landwirtschaft von den in Folge von Krieg und Inflation steigenden Erzeugerpreisen profitierte.

So dürften die steigenden Boden- und Pachtpreise sowie eine Agrarförderung, die große Betriebe begünstigt, die bäuerlichen Betriebe insgesamt stärker belasten als die Vorgaben zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Und diese sind ja vor allem für die Landwirtschaft existenziell. Um den kleinen und mittleren Betrieben neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen und die Vielfalt auf dem Land zu erhalten, braucht es dringend eine Reform der GAP und ein entschlossenes Vorgehen gegen die Bodenspekulation in der Landwirtschaft.

**Behauptung 6:** Der enorme bürokratische Aufwand für die Stoffstrombilanz ist unverhältnismäßig, weil kein Nutzen für die Optimierung der Düngung und den Gewässerschutz erkennbar ist.

**Greenpeace:** Nährstoffeinträge durch Überdüngung schädigen massiv die Umwelt. Deshalb braucht es eine verursachergerechte Erfassung. Die Verantwortlichen für diese Schäden müssen identifiziert und in die Verantwortung genommen werden.

Gesetze, insbesondere solche mit direktem Einfluss auf die Landwirtschaft, sollten realitätsnah und praktikabel gestaltet werden, um sowohl die Umwelt als auch die landwirtschaftliche Produktion zu schützen.

Nach Einschätzungen von Experten wie dem Kieler Agrarwissenschaftler Friedhelm Taube wäre es zielführend und praktikabel, das "Bürokratiemonster" der bislang geltenden Düngeverordnung durch eine belegbasierte Stoffstrombilanz zu ersetzen. Die vorgelegte Novellierung des Düngegesetzes der scheidenden Bundesregierung sah diese Stoffstrombilanz vor, die Mehrheit der unionsgeführten Länder hat sie aber – ganz im Sinne des Bauernverbands – im Bundesrat blockiert. Nach Einschätzung von Taube wäre der Aufwand für die Betriebe bei der Stoffstrombilanz nicht größer als beim betriebswirtschaftlichen Controlling, so wie es in allen Wirtschaftsbereichen üblich ist. Dafür würde eine wissenschaftlich fundierte Erfassung der Nährstoffströme Transparenz schaffen und so eine verursachergerechte Regulierung ermöglichen. Gewässerschonend wirtschaftende Betriebe in besonders belasteten "Roten Gebieten" könnten auf dieser Basis von Auflagen befreit werden.

Um dauerhaft eine Überdüngung zu vermeiden und so Umweltschäden wie Nitratbelastungen in Grundwasser und Böden einzudämmen, muss die Zahl der Tiere pro Betrieb an die Fläche gebunden werden. So würde sichergestellt, dass die Nährstoffzufuhr in einem ausgewogenen Verhältnis zur verfügbaren Fläche steht.

Intensive Tierhaltung mit größtenteils importiertem Tierfutter ist eine Hauptquelle für überschüssige Nährstoffe, insbesondere Stickstoff und Phosphor. Mit Gülle und Stallmist, die regional in großen Mengen anfallen und ausgebracht werden, wird die Aufnahmekapazität der Böden überschritten. Dies führt zu Nitratauswaschungen ins Grundwasser und trägt zur Eutrophierung bei, der erhöhten Versorgung mit Nährstoffen von Gewässern.

**Behauptung 7:** [Die Tierhalter sind bereit, Tierschutz und Tierwohl weiterzuentwickeln.](#) Dazu brauchen sie praktikable europäische Regelungen und keine nationalen Alleingänge. Sonst wird die Tierhaltung ins Ausland verlagert. [Wenn das Tierschutzgesetz in der jetzigen Form kommt, schaltet die Politik zahlreichen Tierhaltern das Licht aus.](#)

**Greenpeace:** Die Menschen in Deutschland wollen, dass Tiere in der Landwirtschaft tierschutzgerecht gehalten werden. Der Handel stellt sich auf die veränderte Nachfrage ein und wird Billigfleisch auslisten. Die Politik muss für volle Transparenz über die Haltungsbedingungen und damit für faire Konkurrenz sorgen. Dann ist konsequenter Tierschutz ein Wettbewerbsvorteil.

Deutschland hat in Europa eine führende Rolle bei der industriellen Tierhaltung. [Es ist der größte Produzent von Kuhmilch](#) und nach Spanien der [zweitgrößte Schweinefleischproduzent](#) in der EU. Damit hat Deutschland maßgeblichen Einfluss auf die Produktionsstandards.

Im Gegensatz zu anderen EU-Ländern hat Deutschland in den vergangenen Jahren verbindliche EU-Tierschutz-Regelungen nicht ausreichend umgesetzt. So werden europäische Regelungen umgangen – beispielsweise in der Schweinehaltung mit [Ausnahmeregelungen](#) für das Kupieren der Ringelschwänze und den Kastenstand.

Doch die Wünsche der Verbraucher:innen beim Lebensmittelkonsum und die Anforderungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft ändern sich. [Die industrielle Tierhaltung wird kritischer gesehen.](#) Der [Konsum von tierischen Produkten, insbesondere von Fleisch, geht zurück](#) (gut 11 kg pro Kopf pro Jahr seit 2010). [Im deutschen Lebensmitteleinzelhandel \(LEH\) hat die Einführung der Haltungs-kennzeichnung für Transparenz gesorgt, ab 2030 wollen die großen Supermarktketten nur noch Fleisch aus den Haltungsformen 3, 4 und 5 anbieten.](#)

Zudem haben große Akteure aus dem Lebensmitteleinzelhandel wie [Aldi](#) erklärt, dass sie frisches Schweinefleisch seit 2022 nur noch aus Deutschland beziehen und dies auch für andere tierische Produkte umsetzen wollen. Tierhaltende Betriebe, die sich hierzulande mit besserer Haltung rechtzeitig auf die neuen Marktbedingungen einstellen, müssen die internationale Billigfleischkonkurrenz also nicht fürchten.

Dennoch bleibt es die vorrangige Aufgabe der Politik, für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Der deutsche Lebensmitteleinzelhandel hat sich vor rund sechs Jahren freiwillig verpflichtet,

Fleisch und zukünftig auch verarbeitete Fleischprodukte weitestgehend zu kennzeichnen. Eine verpflichtende Haltungs-kennzeichnung plus Herkunftskennzeichnung für alle tierischen Produkte im Handel ebenso wie in der Gastronomie, am besten EU-weit, würde nicht nur Transparenz schaffen, sondern auch die Wahlfreiheit der Verbraucher:innen stärken.

**Behauptung 8:** Ein Umbau der Tierhaltung ist notwendig, darf aber nicht mit einem Abbau der Tierhaltung einhergehen, denn [die Tierhaltung ist das Rückgrat der Landwirtschaft in Deutschland. Die Hälfte der Erlöse der deutschen Landwirtschaft kommt aus der Milch- und Fleischerzeugung.](#)

**Greenpeace:** Es gibt kein Recht auf billiges Fleisch und das Geschäft damit, sondern auf gesunde Ernährung. Und ohne einen deutlichen Abbau der Tierhaltung ist wirksamer Arten- und Klimaschutz in der Landwirtschaft nicht möglich. Landwirt:innen müssen beim Umbau und Ausstieg aus der Tierhaltung gezielt unterstützt werden.

Richtig ist, dass die industrielle Tierhaltung einen Großteil der Erlöse der deutschen Landwirtschaft ausmacht. Aber zu welchem Preis! [Es ist wissenschaftlich belegt, dass die industrielle Tierhaltung weltweit zu den größten Naturzerstörern zählt und auch mit Klimagasen wie Methan die Erderwärmung ordentlich anfeuert.](#) Das ist auch in der öffentlichen Debatte längst angekommen.

So beansprucht laut [einer Studie des UN-Umweltprogramms \(UNEP\)](#) die Tierhaltung weltweit mittlerweile 78 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die fortschreitende Ausdehnung der Ackerfläche für den Futtermittelanbau zerstört natürliche Lebensräume und geht zu Lasten der Biodiversität. Dünger und Pestizide verschärfen die Situation weiter.

Bereits 2015 hat der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz ein [Gutachten](#) zur Tierhaltung in Deutschland veröffentlicht und erläutert, wie die Tierhaltung im Hinblick auf Tier- und Umweltschutz umgebaut werden müsste, um weiter gesellschaftliche Akzeptanz zu finden.

Um die Klimakrise und das Artensterben zu stoppen, müssen die Tierzahlen reduziert und der Fleischkonsum gesenkt werden. [Dem hat der Deutsche Bauernverband als Teilnehmer der Zukunftskommission Landwirtschaft bereits im Abschlussbericht 2021 zugestimmt.](#)

Statt die Notwendigkeit des Umbaus der Landwirtschaft dennoch weiter zu leugnen, sollte sich der Bauernverband konstruktiv in die Debatte um eine erfolgreiche Transformation der Landwirtschaft einbringen, damit endlich folgende Fragen breit diskutiert werden: Was können alternative Einkommensquellen für heutige Tierhalter:innen sein? Was können Staat und Gesellschaft beitragen, um den Umbau von einer schädlichen Massentierhaltung zu einer vielfältigen, pflanzenbasierten Landwirtschaft zu gestalten? Welche Art von Landwirtschaft schont das Klima und die Artenvielfalt und ist gleichzeitig auch resilienter? Wie kann Deutschlands landwirtschaftliche Fläche besser für direkte Lebensmittelproduktion genutzt werden, statt für den Anbau von Futtermitteln?

**Behauptung 9:** Die Nutztierhaltung in Deutschland ist unverzichtbarer Bestandteil von landwirtschaftlichen Stoffkreisläufen und leistet im Verbund mit der Erzeugung von pflanzlichen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen über Nutzungskaskaden und die Verwertung von Koppelprodukten einen enormen Beitrag zur Ressourcen- und Klimaeffizienz. Die Nutztierhaltung pflegt ferner die Kulturlandschaft.

**Greenpeace:** Die landwirtschaftliche Tierhaltung ist ein Haupttreiber von Klimakrise und Artensterben. Damit Landwirt:innen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten können, muss die Politik für Orientierung und Planungssicherheit beim Abbau der Tierzahlen sorgen und den Betrieben durch gezielte Förderung neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnen.

Wirtschaftsdünger aus der Tierhaltung kann in Stoffkreisläufen einen wertvollen Beitrag leisten. Durch den industriellen Maßstab der Tierhaltung sind die Einträge vielfach zu hoch. In vielen Regionen Deutschlands werden so die planetaren Grenzen überschritten und Luft, Böden, Gewässer verschmutzt, Treibhausgase erzeugt und Artensterben durch Überdüngung und Futter-Monokultur mit Pestizideinsatz angefeuert.

Die Menschen in Deutschland könnten drei Viertel der durch die Landwirtschaft erzeugten Treibhausgase einsparen, wenn sie sich nach den Vorgaben der [Planetary Health Diet \(PHD\)](#) ernähren würden, also so, wie es ihnen und dem Planeten guttut: Zum Beispiel mit knapp 16 Kilogramm Fleisch im Jahr statt wie bisher knapp 52 Kilogramm. Die Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln ist weitaus umweltfreundlicher als die von Fleisch

und Milch und benötigt weniger Fläche. [Die Ernährung der Menschen hierzulande würde nur noch 60 Prozent der Weiden und Äcker beanspruchen.](#) Auf den freiwerdenden Flächen könnten Lebensmittel für den Export hergestellt werden, mit denen bis zu 70 Millionen Menschen zusätzlich ernährt werden könnten. Die Umsetzung der PHD würde dazu führen, dass die Zahl der Tiere in der Landwirtschaft in Deutschland um etwa 75 Prozent sänke, weil die Nachfrage nach tierischen Produkten deutlich geringer wäre.

Für die Erzeugung von Tierfutter wären dann statt etwa 23 Millionen Tonnen Getreide nur noch knapp 9 Millionen Tonnen nötig. Aufgrund des starken Rückgangs der Wiederkäuerbestände würde auch der Bedarf an Grünlandfutter sinken. Gleichzeitig nähme die Nachfrage nach pflanzlichen Lebensmitteln deutlich zu.

Angesichts des bevorstehenden Wandels brauchen die landwirtschaftlichen Betriebe Planungssicherheit beim Einsatz wirksamer Klimaschutzinstrumente. Die Politik muss für die nötige Orientierung bei den tierhaltenden Betrieben sorgen, um heutige Fehlinvestitionen zu vermeiden, die den Klimazielen Deutschlands entgegenstehen. Dazu gehört auch eine konkrete Zielsetzung für den zukünftigen Umfang der Tierhaltung.

Damit Ernährung, Land- und Forstwirtschaft ihre Nachhaltigkeitspotenziale realisieren können, sind Rahmenbedingungen nötig, die neue wirtschaftliche Chancen eröffnen: Zum Beispiel marktbasierende Instrumente, wie etwa die Bepreisung von Treibhausgasemissionen, und staatliche Zahlungen für die Bereitstellung öffentlicher Güter, wie etwa der Speicherung von Kohlenstoff, die Erhöhung des Tierwohls oder den Schutz der biologischen Vielfalt.



**Behauptung 10:** [Die Argumentation, dass ein Abbau der Tierhaltung zur Erreichung der Klimaziele notwendig sei, ist schlichtweg falsch.](#) Im Vergleich zu anderen Sektoren erfüllt Landwirtschaft bereits seit einigen Jahren die verordneten Klimaziele.

**Greenpeace:** Ein Abbau der Treibhausgasemissionen im Einklang mit den Pariser Klimazielen und den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes und ein wirkungsvoller Schutz der Biodiversität in der Agrarlandschaft können nur mit einem deutlichen Abbau der Tierhaltung in der Landwirtschaft in Deutschland erreicht werden.

Denn drei Viertel der landwirtschaftlichen Klimagase stammen aus der Tierhaltung, nur 14 Prozent aus der Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel.

Je länger der Bauernverband am nicht zukunftsfähigen Status Quo festhält, desto mehr Zeit verliert er, um sich für die Sicherung der wirtschaftlichen Basis der Landwirtschaft im Einklang mit den planetaren Grenzen einzusetzen. Denn das kann nur mit einer umfassenden Transformation gelingen, die zentrale Bereiche der Wertschöpfung in der Landwirtschaft grundlegend verändern wird.

Diese Veränderung auf der Angebotsseite muss einhergehen mit einer Veränderung der Essgewohnheiten – weg vom Überkonsum von Fleisch- und Milchprodukten, hin zu einer stärker pflanzenbasierten Diät. Der hohe Pro-Kopf-Fleischkonsum von [mehr als 50 Kilogramm im Jahr](#) birgt neben ökologischen auch gesundheitliche Risiken. Die [Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt einen Konsum von nicht mehr als 15 Kilogramm](#), da übermäßiger Fleischverzehr das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Dickdarmkrebs erhöht.

In einer [von Greenpeace 2021 beauftragten Studie](#) kommt das Öko-Institut zu dem Ergebnis, dass Klimaneutralität in Deutschland nur hergestellt werden kann, wenn die Zahl der Tiere in den Ställen und auf den Weiden etwa halb so groß ist wie heute. So können die Emissionen aus der Landwirtschaft auf das nötige Maß gesenkt werden und ehemalige Futterflächen für den Schutz und den Aufbau natürlicher Kohlenstoffsenken umgenutzt werden. Bisher werden etwa 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands genutzt, um Tierfutter zu erzeugen. Die Wissenschaftler:innen des Öko-Instituts warnen vor den Folgen einer Verzögerung der umfassenden Transformation zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen in der Landwirtschaft.

In einer [im Sommer 2024 veröffentlichten Studie](#) kommt der Berliner Think Tank Agora Agrar zu vergleichbaren Ergebnissen für die EU: Die bisher im Vergleich zu 2005 kaum gesunkenen Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und landwirtschaftlich genutzten Mooren in der EU könnten mit einer Halbierung des Konsums tierischer Produkte und entsprechend weniger Tieren und Futtermittelanbau bis Mitte des Jahrhunderts um 60 Prozent gesenkt werden. Auf den land- und forstwirtschaftlichen Flächen könnten dann ausreichend Nahrungsmittel und Biomasse für die Bioökonomie produziert und die Speicherung von Kohlenstoff in der Agrarlandschaft und im Wald gestärkt und zugleich die biologische Vielfalt verbessert werden.

**Behauptung 11:** Deutschland droht eine Lebensmittelknappheit.

**Greenpeace:** Durch ökologische, klimaresiliente Landwirtschaft sichern wir auch in Zukunft unsere Ernährung.

Die heutige konventionelle, von [industrieller Tierhaltung](#) dominierte Landwirtschaft setzt unsere Ernährungssicherheit aufs Spiel, da riesige Flächen für den [Anbau von Futtermitteln](#) genutzt werden – würden wir dort pflanzliche Lebensmittel für den direkten menschlichen Verzehr anbauen, könnten wir viel mehr Menschen ernähren.

Bei der herkömmlichen Landwirtschaft ist der Ertrag pro Hektar zwar höher als bei der ökologischen Landwirtschaft. Doch wie lange wird das noch gut gehen? [Klimabedingte Wetterkapriolen wie Dürre, Hitzeperioden und Starkregen gefährden die Ernten bereits jetzt.](#)

Die sichere Versorgung mit Lebensmitteln kann nur ein [nachhaltigerer Umgang](#) mit unseren Ressourcen sichern. Wie die Landwirtschaft schrittweise ökologischer werden kann, hat Greenpeace im [Kursbuch Agrarwende „Landwirtschaft auf dem Weg zum Klimaziel“](#) erläutert: Aufgezeigt werden Maßnahmen für das Ziel der Klimaneutralität für die Landwirtschaft im Jahr 2050. Beide Ziele können nur durch eine Verringerung der Tierbestände erreicht werden. Auf diese Weise könnten Flächen genutzt werden, auf denen beispielsweise [Moore wiedervernässt](#) oder Nahrungsmittel extensiv angebaut werden, also ohne Gifte und ohne Bodenverschmutzung.

Etwa 20,3 Millionen Tonnen Getreide sind nötig, um die heimische Bevölkerung zu ernähren. Im Moment brauchen wir für Tierfutter 23 Millionen Tonnen. Würden sich die Menschen hierzulande

nach der Planetary Health Diet ernähren, bräuchten wir 14,3 Tonnen weniger für Tierfutter. [Futterpflanzenanbau](#) ist für die Versorgung der Bevölkerung äußerst unwirksam: Für eine Kalorie Hühnerfleisch werden zwei pflanzliche Kalorien benötigt werden, bei Schweinefleisch, Milch und Eiern drei Kalorien für eine Kalorie, bei Rindfleisch sogar sieben. So würde derselbe Boden mehr Menschen ernähren, wenn dort Brotpflanzen wie Roggen oder Kartoffeln angebaut würden.

**Behauptung 12:** Ernährungsempfehlungen, die zu einer Abkehr von tierischen Erzeugnissen raten, fehlt oftmals eine wissenschaftliche Basis.

**Greenpeace:** Wir fordern nicht, dass sich alle Menschen rein pflanzlich ernähren sollen. Die Planetary Health Diet (PHD) gibt eine gute Orientierung, welche Menge an Milch- und Fleischprodukten am besten für Umwelt, Klima und [menschliche Gesundheit](#) ist. Die PHD wurde nach wissenschaftlichen Standards von der The EAT-Lancet Commission on Food, Planet, Health entwickelt.

Die [DGE](#) (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) empfiehlt 300 Gramm Fleisch und Wurst pro Woche zu essen – das ist etwa ein Drittel des aktuellen deutschen Konsums. Die Planetary Health Diet (PHD) sieht sogar nur 100 bis 200 Gramm pro Woche vor.

Ernährungsempfehlungen, die sich mit Lebensmitteln befassen (Food-Based Dietary Guidelines, [FBDG](#)), basieren auf überzeugenden wissenschaftlichen Befunden. Um die allgemeine Gesundheit zu fördern und chronischen Krankheiten vorzubeugen, werden in den FBDG-Empfehlungen zu Lebensmitteln, Lebensmittelgruppen und Ernährungsmustern gegeben. Häufig werden zusätzliche Nachhaltigkeitsaspekte wie Umweltauswirkungen in Betracht gezogen. Ihre Ableitungen befinden sich in einem fortlaufenden Prozess der Entwicklung und müssen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls verändert werden.

Die FBDG der DGE wurden unter Einbeziehung eines mathematischen Optimierungsmodells weiterentwickelt, das auch Aspekte der Ernährung, des Gesundheitswesens und der Umwelt einbezog. Eine gesundheitsfördernde Ernährung umfasst eine ausreichende Versorgung mit Nährstoffen sowie eine ausreichende Energiezufuhr. Die überarbeitete Ableitung konzentrierte sich darauf, den Konsum von Nahrungsmitteln zu reduzieren, die mit der Entstehung von ernährungsbedingten Krankheiten

in Verbindung stehen. Bei der Ableitung der FBDG wurden auch schädliche Umwelt- und Klimaauswirkungen (Treibhausgasemissionen und Landnutzung) minimiert.

**Behauptung 13:** [Wir müssen auch unserer ethisch-moralischen Verpflichtung gerecht werden](#), unseren Teil zur Ernährungssicherung in Deutschland, in Europa und auch weltweit beizutragen. Was die EU-Kommission jetzt mit dem Green Deal auf den Weg bringen will, würde dazu führen, dass unsere Eigenversorgung in Europa erheblich zurückgehen und der Importbedarf deutlich ansteigen würde.

**Greenpeace:** Würde die deutsche Landwirtschaft ihre proklamierte Verpflichtung zur Welternährung ernst nehmen, dann würde sie die industrielle Tierhaltung reduzieren – denn diese geht mit einem massiven Flächenverbrauch für den Futtermittelanbau in Deutschland und anderen Ländern auf der ganzen Welt einher.

Für kein anderes [Konsumgut](#) der Welt wird so viel Land benötigt wie für die Herstellung von Fleisch und Milch. Die für die Viehzucht und den Futtermittelanbau benötigten Weide- und Ackerflächen machen nahezu [80 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche](#) aus, wohingegen der Kalorienbedarf der ganzen Menschheit derzeit nur zu [17 Prozent](#) von Fleisch und tierischen Produkten gedeckt wird.

Das Verhältnis von Lebensmittel- und Futtermittelproduktion ist auch in Deutschland aus der Balance geraten. Deutschlands Landwirtschaft produziert auf [60 Prozent der deutschen Agrarflächen Futtermittel](#) und keine direkten Lebensmittel. Zudem [importiert Deutschland rund 7 Millionen Tonnen Futtermittel](#) jährlich. Würde die deutsche Landwirtschaft und allen voran der Deutsche Bauernverband die Verpflichtung zur Welternährung ernst nehmen, dann würde sie die industrielle Tierhaltung massiv reduzieren, damit sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern statt Futtermittel mehr Getreide, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst angebaut werden könnten. Damit würde Deutschland einen Beitrag zur Sicherung der Ernährung weltweit und in Europa leisten.

Mit einer auf [Export](#) ausgerichteten [Milch- und Schweinefleischindustrie](#) trägt die deutsche Landwirtschaft derzeit nicht nur massiv zur Klimakrise bei, sondern auch zum Welthunger. Die Landwirtschaft ist zugleich Täter und Opfer – ein gefährlicher Teufelskreis.

Eine ethisch-moralische Landwirtschaft – wie es der Bauernverband nennt – wäre eine enkeltaugliche Landwirtschaft, die alles daransetzt, die Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen zu erhalten und zu schützen und das auch über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg. Das geht nur mit einer massiven Reduktion der Tierzahlen und einer veränderten ökologischen Flächennutzung.

**Behauptung 14:** Umweltschutz auf der Fläche muss produktiver und flächeneffizienter werden. Die Wiederherstellung von Ökosystemen kann nur freiwillig sowie kooperativ gelingen und braucht ferner entsprechende Prämien, um Anreize für Landwirte zu schaffen.

**Greenpeace:** Empirisch hat sich in den letzten Jahrzehnten leider gezeigt, dass Umweltschutz auf der Fläche auf freiwilliger Basis nicht funktioniert hat. Allein damit lassen sich die natürlichen Ressourcen und die Artenvielfalt nicht schützen.

Für die Verwendung von Agrochemikalien wie synthetischen Düngemitteln und Pestiziden ist daher ein strengeres und insbesondere obligatorisches Ordnungsrecht erforderlich, um die Artenvielfalt zu schützen und die nationalen Klimaziele zu erreichen.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte. Sie ist damit Abstand der größte Hebel zur Gestaltung der Landwirtschaft, da sie die finanziellen Anreize für das derzeitige landwirtschaftliche System schafft. Allerdings müssen die Beteiligten bei der Ökologisierung der Landwirtschaft aktiv unterstützt werden. Der Erhalt der Artenvielfalt, der Schutz des Klimas und der Luftqualität sind Aufgaben der Landwirte und erfordern eine Mitfinanzierung durch die Gesellschaft.

Finanziert wird das alles aus EU-Steuergeldern. Es bedarf deshalb nicht nur der Bezahlung ökologischer Leistungen in der Landwirtschaft, sondern auch einer strengeren Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben und des Ordnungsrechts. Die Tierhaltung darf nicht weiter unabhängig von der bewirtschafteten Fläche durchgeführt werden. Im Gegensatz zu den derzeit weit verbreiteten Intensivtierhaltungen benötigen wir eine Tierhaltung, die flächengebunden ist.

**Behauptung 15:** Eine Reduzierung um 50 Prozent beim Pflanzenschutz wird zu einem signifikanten Ertragsrückgang und auch zu Qualitätsminderungen führen. Damit gefährden wir die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit sicheren und gesunden Lebensmitteln.

**Greenpeace:** Weniger Pestizide führen nicht zwangsläufig zu geringeren Erträgen, da aktuell übermäßig viele Pestizide und Düngemittel eingesetzt werden.

Ein Blick nach Dänemark macht deutlich, dass dies nicht der Fall ist. Dort wurde i2014 eine Pestizidabgabe eingeführt, was etwa zu einer Halbierung des Einsatzes der chemischen Mittel geführt hat. Die dänische Produktion wurde aber hierdurch nicht beeinflusst.

Des Weiteren hat auch die Verwendung von Dünger Einfluss auf den Einsatz von Pestiziden: Weniger Stickstoff bedeutet weniger Pestizide: Zum einen sind dann die Bestände weniger dicht, was u.a. die Luftfeuchtigkeit und damit den Pilzbestand verringert. Zum anderen bedeutet weniger Stickstoff in den Pflanzen eine geringere Attraktivität gegenüber Schadorganismen wie zum Beispiel Blattläusen.

Wer wie Bauernpräsident Rukwied klimabedingten Ernteausfällen mit noch mehr Gülle und Chemie begegnen will, trägt nichts gegen sinkende Erträge bei, sondern verschärft nur die Risiken für die landwirtschaftlichen Betriebe. Das Artensterben weiter zu beschleunigen, um trotz Erderhitzung die Erträge zu sichern, ist nicht nur zynisch, sondern gefährlich. Denn der Verlust der biologischen Vielfalt trifft wiederum zuerst Bäuerinnen und Bauern. Übermäßiger Pestizideinsatz und Überdüngung dienen nur den Interessen der Agrarindustrie, die selbst aus der Klimakrise ein Geschäftsmodell machen will.